

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Landesverkehrswacht Sachsen-Anhalt

Datum: 12.06.2026

Wie steht ihre Partei zu diesem Ansatz, unterstützen Sie eine institutionelle Förderung der Landesverkehrswacht?

Wir sehen die Landesverkehrswacht als unverzichtbaren Partner der Verkehrssicherheitsarbeit. Eine institutionelle Förderung unterstützen wir.

Welche Vorstellungen gibt es für eine generelle Unterstützung der Verkehrswachten im Land?

Wir sprechen uns in unserem Wahlprogramm generell für die Stärkung der Verkehrswachten aus. Wir sind stark daran interessiert sowohl die Landesverkehrswacht, als auch Verkehrswachten vor Ort finanziell zu unterstützen. Darüber hinaus werden wir natürlich den regelmäßigen Austausch aufrechterhalten.

Wie könnte das Verfahren für die Beantragung von Fördermitteln so weit vereinfacht werden, dass die Voraussetzung auch von den ehrenamtlich Engagierten angewandt werden kann?

Eine funktionierende Verwaltung ist Voraussetzung für Vertrauen, wirtschaftliche Entwicklung und guten Service. Lange Verfahren, unklare Zuständigkeiten und unnötige Komplexität untergraben Vertrauen. Eine moderne Verwaltung muss daher Aufgaben zuverlässig, effizient und bürgernah erfüllen. Das gilt natürlich auch für die Beantragung von Fördermitteln. Wir stellen uns ein komplett digitalisiertes Verfahren vor, bei dem auch der Einsatz von KI berücksichtigt wird. Sprich: Antrag einreichen, KI prüft vor, digitale Bearbeitung und digitaler Bescheid. Zudem wollen wir bei den Verwendungsnachweisprüfungen auf Stichproben umsteigen.

Wie könnte die personelle Situation der Verkehrswachten aus Ihrer Sicht verbessert werden, wie unterstützen Sie vor Ort Ihre Verkehrswachten?

Wie unterstützen Sie das örtliche Engagement konkret?

Die personelle Stabilität der Verkehrswachten ist für ihre Wirksamkeit zentral. Aus unserer Sicht ist es wichtig, das Thema „Ehrenamtsmanagement“ noch stärker zu gewichten und für eine gute Nachwuchsarbeit zu sorgen. Wir werden

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

uns deshalb weiterhin für den Erhalt der hauptamtlichen Strukturen einsetzen, damit die ehrenamtlichen Strukturen gestärkt werden. Das Engagement vor Ort können wir aus unserer Sicht stärken, in dem es regelmäßige Austausche auch auf kommunaler Ebene (Wahlkreisbüros) gibt und auch von Seiten der SPD für das Engagement in den Verkehrswachten geworben wird.

**Ist es aus Ihrer Sicht sinnvoll, den Beirat für Verkehrssicherheit wieder zu aktivieren?
Welche Aufgaben sollten aus Ihrer Sicht seitens des Beirates wahrgenommen werden?**

Ja, wir sehen die Reaktivierung des Beirats nicht nur als sinnvoll an, sondern vor dem Hintergrund der Vision Zero, der wir uns verpflichtet sehen, als essentiell! Als regelmäßig tagendes Gremium werden die Akteure der Verkehrssicherheitsarbeit besser vernetzt, Prioritäten können abgestimmt und die Umsetzung von Maßnahmen begleitet werden. Der Beirat soll strategische Empfehlungen geben, die Fortschreibung des Verkehrssicherheitsprogramms aktiv begleiten, Zielgruppen und Unfallschwerpunkte in den Blick nehmen und die Umsetzung von Vision Zero mit fachlicher Expertise unterstützen.

**Ist beabsichtigt, das Verkehrssicherheitsprogramm fortzuschreiben?
Wie stehen Sie dabei zu dem Ansatz, konkrete Ziele zu formulieren, die eine Evaluation des Zielerreichungsgrades zulassen?**

Ja, eine Fortschreibung ist aus unserer Sicht dringend erforderlich. Das Programm muss an neue Entwicklungen im Verkehrsrecht angepasst und die Handlungsfelder überprüft werden. Wir befürworten konkrete, überprüfbare Ziele. Nur wenn Zielmarken klar formuliert sind, kann auch der Erfolg von Maßnahmen seriös evaluiert und nachgesteuert werden können.

**Unterstützen Sie die Vision Zero und welche Schlüsse ziehen Sie daraus hinsichtlich konkreter Themen der Verkehrssicherheitsarbeit?
Könnte der Stellenwert aus Ihrer Sicht durch eine Aufnahme in das StVG oder zumindest die StVO erhöht werden?**

Wir stehen ausdrücklich hinter der Vision Zero als Leitbild der Verkehrssicherheit. Wir haben dies auch in der laufenden Legislaturperiode mit unserem Antrag „Sichere Mobilität in Sachsen-Anhalt gewährleisten - Schwere Unfälle möglichst verhindern“ (Drucksache 8/3058) deutlich gemacht. Die Initiative für den Antrag kam aus der SPD-Fraktion. Für uns folgen aus diesem Leitbild insbesondere Maßnahmen zugunsten von besonders vulnerablen Verkehrsteilnehmern. Maßnahmen und Kampagnen müssen dabei insbesondere auf die

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Verkehrsteilnehmer zielen, die Hauptverursacher von Verkehrsunfällen sind! Die Verkehrsunfallstatistiken müssen dies noch deutlicher herausarbeiten. Aus unserer Sicht gehört auch die konsequente Analyse und Entschärfung von Unfallhäufungsstellen zu den Maßnahmen.

Eine stärkere Verankerung von Vision Zero im StVG halten wir für wichtig. Wir haben uns zudem für eine Verankerung in der StVO eingesetzt. Die VwV StVO gibt dies zu §1 StVO klar und deutlich wieder: „Die Straßenverkehrs-Ordnung (StVO) regelt und lenkt den öffentlichen Verkehr. Oberstes Ziel ist dabei die Verkehrssicherheit. Hierbei ist die „Vision Zero“ (keine Verkehrsunfälle mit Todesfolge oder schweren Personenschäden) Grundlage aller verkehrlichen Maßnahmen.“ Aus unserer Sicht ist es wichtig, dies auch in den Verkehrsbehörden noch weiter bekannt zu machen. Auch hier kann und muss der Beirat eine wichtige Rolle spielen.

Welche Möglichkeiten sehen Sie, diese Anliegen als Land auf Bundesebene zu unterstützen?

Eine Bundesratsinitiative können wir uns sehr gut vorstellen und würden diese auch unterstützen. Auch Initiativen im Rahmen des deutschen Verkehrssicherheitsrates sind ein Weg.

Sollten aus Ihrer Sicht den Verkehrsbehörden entsprechende Anwendungsmöglichkeiten insbesondere zur Schulwegsicherheit an die Hand gegeben werden?

Welche weiteren Möglichkeiten sehen Sie, die vulnerablen Verkehrsteilnehmergruppen, insbesondere der Fußgänger und Radfahrer, wirksamer zu schützen?

Ja, die Verkehrsbehörden sollten mehr Handlungsspielräume erhalten. Die Verkehrssicherheit aller Verkehrsteilnehmer*innen muss bei Entscheidungen über Maßnahmen eine ebenso hohe Priorität bekommen wie die Flüssigkeit des Verkehrs. Gerade für Schulwege braucht es klare und einfache Anwendungsmöglichkeiten, damit Sicherheit vor Ort schneller hergestellt werden kann. Hierzu bedarf es regelmäßiger Schulungen der Verkehrsbehörden und des Austausches zwischen den Bundesländern, damit vorhandene Möglichkeiten und Spielräume bekannt werden. Wir unterstützen alle Maßnahmen, die Fußgänger und Radfahrer besser schützen: sichere Querungen, bessere und sichere Radinfrastruktur, barrierefreie Wege, gute Beleuchtung,

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Entschärfung von Gefahrenstellen. Unverzichtbar ist zudem die häufigere Kontrolle im Straßenverkehr, insbesondere die Einhaltung der vorgeschriebenen Höchstgeschwindigkeit und die Einhaltung der vorgeschriebenen Mindestabstände beim Überholen Kfz-Fahrrad (1,5m innerorts und 2m außerorts).

Unterstützen Sie den Ansatz, diese Verkehrsunterrichte wieder einzuführen und die Verkehrswachten mit der Durchführung zu beauftragen?

Ja.

Unterstützen Sie den Ansatz, eine bundeseinheitliche Rechtsgrundlage zur verdachtsunabhängigen Verkehrsüberwachung zu schaffen?

Wir unterstützen die Prüfung einer solchen bundeseinheitlichen Rechtsgrundlage. Seit dem 24.12.2022 ist die Polizei in Sachsen-Anhalt durch § 16a SOG LSA zur Datenerhebung durch abschnittsbezogene Geschwindigkeitskontrollen ermächtigt. Es gäbe also bereits heute eine Möglichkeit der Nutzung in Sachsen-Anhalt.

Welche Position nehmen Sie zur Halterhaftung im fließenden Verkehr ein, ein Mittel das europaweit für mehr Beachtung der Verkehrsregeln sorgt?

Die Frage der Halterhaftung sollte ernsthaft geprüft werden. Die Vergangenheit zeigt jedoch, dass es widerstreitende Positionen und zudem starke rechtliche Bedenken gibt. Eine bußgeldbewehrte Auskunftspflicht für Halter kollidiert mit dem Zeugnisverweigerungsrecht für Angehörige und dem Verbot der Selbstbelastung. Es wäre verfassungswidriger Zwang, den Halter zwischen Selbstbezeichnung und Sanktion fürs Schweigen wählen zu lassen. Zudem verstößt eine Bestrafung ohne Nachweis der Fahrereigenschaft gegen den Grundsatz „keine Strafe ohne Schuld“.

Setzen Sie sich dafür ein, dass die mit der Legalisierung verbundenen Nachteile für die Verkehrssicherheit zurückgenommen werden?

Wir halten es für notwendig, die Auswirkungen der Cannabis-Legalisierung auf die Verkehrssicherheit zu überprüfen. Wo sich Risiken zeigen, müssen Regelungen nachgeschärft werden.

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Setzen Sie sich dafür ein, dass die mit der Legalisierung verbundenen Nachteile für die Verkehrssicherheit zurückgenommen werden?

Wir halten es für notwendig, die Auswirkungen der Cannabis-Legalisierung auf die Verkehrssicherheit zu überprüfen. Wo sich Risiken zeigen, müssen Regelungen nachgeschärft werden.

Wie stehen Sie zu einem generellen Alkoholverbot für Kraftfahrzeugführer und einer Absenkung der Promillegrenze für Radfahrer?

Sollen die Mittel für entsprechende Präventionsprojekte zusätzlich in den Haushalt eingestellt werden.

Prävention gegen Alkohol und die Kontrolle im Straßenverkehr sollten grundsätzlich deutlich verstärkt werden. Nicht nur Absenkung der Promillegrenze für Radfahrer ist aus unserer Sicht prüfenswert; sondern auch beim Kraftfahrzeugverkehr braucht es schärfere Regeln, sprich das Absenken der Promillegrenze und konsequente Kontrolle. Neben Präventionsprojekten braucht es vor allem die konsequente Kontrolle im Straßenverkehr.

Unterstützen Sie eine Helmpflicht für die Nutzung von Pedelecs und E-Scooter?

Welche Maßnahmen halten Sie für erforderlich, das Tunen dieser Fahrzeuge zu unterbinden bzw. diese seitens der Verkehrsüberwachungskräfte leichter erkennen zu können.

Eine Helmpflicht ist aus unserer Sicht zumindest ernsthaft zu prüfen. Zu allererst bedarf es aber einer sicheren und fehlerverzeihenden Infrastruktur. Die Vergangenheit hat gezeigt, dass die Diskussion zu einer Helmpflicht die Frage einer sicheren Infrastruktur überlagert hat. Eine sichere Infrastruktur hat aber Priorität.

Bzgl. des Tunens dieser Fahrzeuge braucht es bessere Kontrolle, technische Erkennungsmöglichkeiten und klare Sanktionen. Gleichzeitig sollte Prävention über Risiken und Rechtsfolgen verstärkt werden, damit Manipulationen unattraktiver werden.

WAHLPRÜFSTEINE zur LANDTAGSWAHL 2026 in Sachsen-Anhalt

Sollten aus Ihrer Sicht gerade die Bußgelder für gefährliche Verkehrsverstöße, die regelmäßig in der Unfallstatistik auftauchen, dem überwiegend höheren europäischen Standard angepasst werden?

Setzen Sie sich dafür ein, diese Radiodurchsagen im öffentlich-rechtlichen Rundfunk, die die Verkehrssicherheitsarbeit der Polizei konterkarieren, zu unterbinden?

Wir sehen es grundsätzlich als sinnvoll an, die Höhe der Bußgelder auf gefährliche Verkehrsverstöße regelmäßig auf Wirksamkeit zu prüfen. Sanktionen müssen spürbar sein, wenn sie Verhaltensänderungen bewirken sollen. Wir können nachvollziehen, dass solche Durchsagen die Verkehrssicherheitsarbeit konterkarieren können. Deshalb sollte geprüft werden, wie der Schutz von Kontrollen besser mit den Interessen der Rundfunkfreiheit in Einklang gebracht werden kann.